

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 12

Artikel: Österreich
Autor: Oehler, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157733>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Osterreich.

Von Hans Oehler.

Beginnt der Kreis der von der Revolution des 20. Jahrhunderts ergriffenen Länder sich um die Schweiz zu schließen? Fast hatte es den Anschein, als in diesen Wochen in Paris der Straßenaufbruch des nationalen Frankreich gegen das Parlament und seine durch Skandal und Korruption gebrandmarkten Parteien tobte; und gleichzeitig in Osterreich der Widerstand der nach den Lehren des Marxismus organisierten Arbeiterschaft von der herrschenden Regierungsgewalt in tagelangen Kämpfen mit Maschinengewehren und Haubitzen zusammengepöbelt wurde. In Frankreich ist noch einmal Ruhe eingetreten; für wie lange, bleibt eine offene Frage. In Osterreich dagegen ist das Rad im Rollen; hier ist nur ungewiß, wo die Fahrt enden wird; gewiß allerdings, daß es eine lange und schmerzvolle Fahrt sein wird.

* * *

„Die Vorgänge in Osterreich könnten unsere sozialistischen Führer vieles lehren, wenn sie überhaupt noch die Fähigkeit besäßen, die Zeichen der Zeit richtig zu erkennen“, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ in einer rückblickenden Betrachtung zu den österreichischen Geschehnissen. Können die Vorgänge in Osterreich aber wirklich nur die sozialistischen, und nicht auch die Führer der anderen Parteien vieles lehren, sofern „sie überhaupt noch fähig sind, die Zeichen der Zeit zu erkennen“? Die „Neue Zürcher Zeitung“ warnt die schweizerische Sozialdemokratie, das österreichische Beispiel nachzuahmen. „Den Faschismus durch noch mehr Marxismus überwinden zu wollen: eine verfehltere Politik als diese kann es kaum geben; die Demokratie... wird dadurch auf das schwerste gefährdet“. Was man aber bei der N.Z.Z. vermißt, ist die nähere Ausführung, wie und wodurch die Demokratie in diesem Fall gefährdet wird. Besteht die Gefährdung in der Kampfschlossenheit des Marxismus gegenüber einem im Entstehen begriffenen „Faschismus“? Oder darin, daß die „Demokratie“ sich unter dem Zwang, dieser marxistischen Kampfschlossenheit entgegenzutreten, unwillkürlich — „organisch“ — in eine Diktatur verwandelt?

Die wichtigste Feststellung am österreichischen Geschehn der letzten Wochen ist zweifellos die: nichts, was geschehen ist, war auf irgend einer

Seite der Ausdruck von Stärke und Zielsicherheit; es war im Gegenteil die Folge heilloser Schwäche und Zersahrenheit. Wäre dem anders, dann wäre es niemals zu diesen gewalttätigen und für ein kleines Land reichlich blutigen Straßenkämpfen gekommen, und — dann wäre das Ergebnis nicht so wenig befriedigend, wie es tatsächlich ist. Man vergleiche etwa, wie zielsicher Mussolini seine italienische Revolution machte, oder mit welcher elementarer Wucht, aber unendlich viel weniger militärischer Gewaltanwendung der deutsche Nationalsozialismus vor einem Jahr sein Ziel erreichte. In Österreich hat eine, keineswegs über eine Volksmehrheit verfügende, im Gegenteil dem überwiegenden Teil des Volkes gegenüber isolierte, in sich uneinige und vom Ausland abhängige und gestoßene Regierungsgewalt, gewissermaßen um sich aus ihrer bedrängten Lage Luft zu schaffen, „Revolution“ gemacht.

Seit langem traute kein Teilhaber an der Regierung Dollfuß dem andern. Anfang Januar hatte sich Dollfuß, ohne Wissen der andern Regierungsmitglieder, zu Verhandlungen mit den Nationalsozialisten bereit erklärt. In letzter Stunde kam ihm aber Starhemberg dahinter, der nun Dollfuß zum Entgelt zwang, einen Aufruf an das österreichische Volk zu erlassen, in dem er scharf gegen den Nationalsozialismus Stellung nehmen mußte. Dabei hatte Starhemberg zu gleicher Zeit genau das gleiche getan, was er Dollfuß zum Vorwurf machte: durch seinen Vertrauensmann Alberti Verhandlungen mit den Nationalsozialisten gepflogen. Dollfuß blieb, wenn er nicht um seine Stellung kommen wollte, unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als verstärkte Anlehnung ans Ausland zu suchen. Wahrscheinlich ist seine Anfrage vom 18. Februar an die Sozialdemokratie um Unterstützung seiner Regierung unter diesem außenpolitischen Aspekt zu verstehen. Frankreich hatte immer die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die österreichische Regierung verlangt. Wenn Dollfuß jetzt ernstlich an die außenpolitische Abstützung seiner gefährdeten Regierungsposition auf Italien dachte, mußte er Frankreich und die Tschechoslowakei durch den Schritt bei der Sozialdemokratie beschwichtigen.

Ob der Schritt von Dollfuß zur Sozialdemokratie hin aber je ernst oder nur in diesem Sinn taktisch gemeint war: die Sozialdemokratie erklärte sich noch am 28. Januar bereit, an den Zielen von Dollfuß mitzuarbeiten und mit allen Mitteln für die Unabhängigkeit Österreichs vom „Nationalfaschismus“ zu kämpfen. Das kann auch von der Sozialdemokratie, die allerdings all die vergangenen Monate hindurch die Maßnahmen der Dollfuß-Regierung gegen die Nationalsozialisten stillschweigend unterstützt hatte, nur noch rein taktisch gemeint gewesen sein. Auf alle Fälle hatte sie seit längerem Vorbereitungen für eine letzte Entscheidung getroffen. Welchen Anteil dabei das Ausland — Frankreich und die Tschechoslowakei —, deren Partei sie in Österreich verfolgt, hatte, ist wiederum eine offene Frage. Stimmt es, daß die sozialistischen Kampfformationen des Schutzbundes mit neuesten Waffen tschechischen Ursprungs ausgerüstet waren, dann dürfte

der ausländische Anteil ziemlich hoch einzuschätzen sein. Schließlich bildete die, seit der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland aus dem Anschluß-Lager in das Antianschluß-Lager hinübergewanderte Sozialdemokratie für die französische Politik noch den einzigen innerpolitischen Anknüpfungspunkt in Österreich. Andererseits lief die Sozialdemokratie in Österreich je länger je mehr Gefahr, um ihre letzten Machtpositionen zu kommen. Sie verlor auf der einen Seite ständig Mitglieder an den Nationalsozialismus, und mußte auf der andern Seite jeden Augenblick des gewaltsamen Vorgehens der Heimwehren, hinter denen Italien stand, gewärtig sein. Wollte sie also nicht stillschweigend von der Bühne der Geschichte abtreten, dann war jetzt der letzte Augenblick zum Losschlagen gekommen.

Unterdessen hatte Dollfuß aber in Budapest seine Abmachungen mit Italien-Ungarn getroffen und ging nun seinerseits zum Angriff gegen die Sozialdemokratie vor. Der Berliner Berichterstatter der NZZ. dürfte nicht allzuweit daneben gegriffen haben, wenn er diese Zusammenhänge wie folgt schildert:

„Die Kriegserklärung Dollfuß' an die österreichische Sozialdemokratie stellt sich als das Ergebnis eines diplomatischen Vorspiels heraus, das ein enges Einvernehmen zwischen Rom und Wien und Budapest verwirklichte. . . . Der Besuch des Bundeskanzlers Dollfuß in Budapest hat offenbar das italienisch-österreichisch-ungarische Einvernehmen perfekt gemacht. Je unsicherer die Chancen eines Appells an den Völkerbund wurden, desto mehr neigte Dollfuß zum italienischen Protektorat hin, das um den Preis einer Einführung des Faschismus nach italienischem Muster zu erreichen war“.

Ein ungarisches Blatt hatte denn auch noch Ende Januar den Zustand Österreichs zutreffend gekennzeichnet:

„Diese Selbständigkeit Österreichs wird vorgetäuscht, sie besteht heute nicht mehr; denn die ganze Innenpolitik Österreichs wird heute von den Wiener Gesandten der Großmächte geleitet und bestimmt. Die Großmächte üben geradezu ein Mandat über die kleine Republik aus, die Gesandten mischen sich in alle inneren und äußeren Angelegenheiten, der arme Dollfuß steht da im Schatten dieser Gesandten wie ein Findelkind bei der Veranstaltung eines Wohltätigkeitskomitees. Jede Großmacht hält sich in Österreich eine eigene Partei: die Franzosen den Liberalismus und Marxismus, Italien die Heimwehr, England die Austrofaschisten. Der tschechische Außenminister Benesch, der zugleich Angst vor dem Anschluß und vor der Restauration der Habsburger hat, verstand es, Österreich durch finanzielle Maßnahmen von der Tschechoslowakei abhängig zu machen. . . Österreich ist also vollständig in den Händen der Großmächte und des Herrn

Benesch, vor allem auch in der Gewalt des internationalen Großkapitals, von dem das arme Land total ausgesaugt wird. Kein Wunder, wenn man zur Überzeugung gelangt, daß Österreich vor neuen Abenteuern und vor neuen Tragödien steht“.

Wo der entscheidende Punkt in dieser „Tragödie Österreich“ liegt, von dem aus — wenn überhaupt noch — ein „gutes Ende“ zu erreichen ist, scheint von allen Großmächten vielleicht noch am ehesten England zu erkennen, das schon räumlich mehr Abstand von den Dingen hat und nicht so unmittelbar in den Machtkampf um die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft im Donauraum verwickelt ist wie Italien und Frankreich und die ihm verbündeten Staaten der Kleinen Entente. Die Kommentare der englischen Presse von rechts bis links zu den Dingen in Österreich stimmen denn auch in einem Punkte überein: die Entscheidung über Österreich muß letzten Endes beim österreichischen Volk selbst liegen. Verschiedenheit der Meinung besteht nur in der Einschätzung, ob sich in Österreich jemals eine volkstümliche Mehrheit zugunsten der „Unabhängigkeit“ Österreichs finden wird — worauf man auf linker Seite immer noch hofft —, oder ob nicht die große Mehrheit des Volkes schließlich seine einzige Rettung in der nationalsozialistischen Regeneration sieht, wie die Londoner „Morning Post“ noch Ende Januar die Lage eingeschätzt hatte:

„Wenn die österreichischen Parteien stark genug wären, würden sie selbst fähig sein, den Nationalsozialisten Widerstand zu leisten, auch wenn diese von Deutschland unterstützt und ermutigt würden. Sonst aber kann auch irgendwelcher ausländischer Einfluß Herrn Dollfuß nicht helfen, die Flut des Nationalsozialismus noch länger einzudämmen“.

* * *

Wie stellt man sich nun in manchen Kreisen bei uns zu den österreichischen Geschehnissen und zur österreichischen Frage überhaupt? „In der Tat kann sich die österreichische Regierung nicht auf den Willen einer Volksmehrheit stützen, sondern nur auf die in ihren Händen vereinigte Machtkombination“, wird in der NZZ. offen zugegeben. Trotzdem macht man kein Hehl aus der Genugtuung, die man über den Sieg der österreichischen Minderheitsregierung über die sozialdemokratische Partei empfindet. Nun empfinden auch wir vorbehaltlose Genugtuung über die Zerschlagung der Organisationen des volks- und staatszerfetzenden klassenkämpferischen Marxismus. Ferner sind wir überzeugt, daß der Weg Dollfuß' von der „Demokratie“ weg und zur „Diktatur“ hin unvermeidlich war. (Wenige Tage nach der blutigen Niederwerfung des sozialdemokratischen Widerstandes erklärte der österreichische Bundeskanzler vor Pressevertretern: „Kein Land hat sich in so hohem Maße vor-

behaltlos zur Demokratie bekannt wie Österreich"; und doch war das Ende zwangsläufig die diktatorische Gewaltanwendung einer Minderheit gegen einen politischen Gegner). Wohl aber machen wir den einen großen Vorbehalt: Minderheitsregierung, diktatorische Gewaltanwendung, alles das läßt sich höchstens rechtfertigen als Übergang zu einer neuen, von der großen Volksmehrheit bejahten und getragenen Ordnung.

Diesen Vorbehalt macht nun aber die Neue Zürcher Zeitung und machen alle unsere Parteipolitiker nicht. Wie heißt es doch in einem Artikel der NZZ. vom 17. Februar: „Die Unabhängigkeit Österreichs gilt vielleicht der eigenen Bevölkerung nicht so viel wie andern Nationen . . . Aber diese Stimmungen der österreichischen Bevölkerung konnten und können das Problem nicht allein bestimmen“. Mit andern Worten: Nicht darauf kommt es an, was ein Volk in seiner übergroßen Mehrheit will, sondern darauf, was Anderen paßt. Daß die Entscheidung über Österreich letzten Endes beim österreichischen Volk liegen muß, wird von der „Neuen Zürcher Zeitung“ nicht anerkannt.

Und noch ein Drittes. Im gleichen Artikel tröstet die NZZ. das österreichische Volk, daß es auf sein Selbstbestimmungsrecht verzichten müsse, mit dem Hinweis auf die Schweiz: „Die Schweiz selber bietet ein treffliches Beispiel dafür, daß eine von den übrigen Staaten . . . aus realpolitischer Einsicht . . . anerkannte Unabhängigkeit für ein Volk und ein Land durchaus nichts Herabwürdigendes hat“. Natürlich ist das nichts Herabwürdigendes, wenn die übrige Staatenwelt die Unabhängigkeit der Schweiz anerkennt. Wohl aber wäre es herabwürdigend, wenn sie unsern Willen zur Unabhängigkeit, zur selbständigen Bestimmung unseres Schicksals nicht anerkennen würde. Und gerade das ist es, was die NZZ. dem österreichischen Volk aberkennt. Ja noch mehr: was sie schließlich ihrem eigenen Volk aberkennt. Wer das Wesen eines Staates damit für erschöpft hält, daß dieser von den übrigen Staaten anerkannt wird, verrät damit, daß ihm selbst die entscheidende Eigenschaft des Staatsträgers fehlt: der Wille zum Staat! In diesem einen Satz der NZZ. offenbart sich eine ganze Welt; eine Welt, die die Dinge ausschließlich nur unter dem Gesichtspunkt des privaten Wohls und Gewinnstrebens sieht und für die das staatliche Dasein des eigenen Volkes einzig und allein von dem Belieben der übrigen Staatenwelt — ob sie dasselbe aus realpolitischer Einsicht anerkennen will oder nicht — abhängt. Es ist bis aufs Haar genau die geistige und politische Einstellung eines Teils der herrschenden Schichten der alten Eidgenossenschaft in den Jahren vor ihrem Untergang.

* * *

Welches sind nun die tieferen Ursachen der österreichischen Geschehnisse? Der Wiener Berichterstatter der NZZ. hatte seinem Blatt am 15. Februar geschrieben:

„Es ist erwiesen, daß die Sozialdemokratie den unmittelbaren

Anlaß gab. Aber es kann unmöglich verschwiegen werden, daß auf Seiten der Regierung seit Oktober zahlreiche Fehler unterlaufen sind. Der Hauptfehler liegt jedoch in der unrichtigen Einschätzung der tatsächlichen Machtverhältnisse... Die Regierung, die ein Minderheitskabinett darstellt, dessen Anhang im Volk in den letzten Monaten immer kleiner wurde, unterschätzte die Opposition auf beiden Seiten... Die Regierung und alle Parteien hatten den richtigen Maßstab verloren. Man darf keine Diktatur organisch aufbauen, ohne über die hinreichenden Mittel zu verfügen“.

„Ohne über hinreichende Mittel zu verfügen“. Das ist das eine. Je mehr eine Gewaltanwendung der Angst und Schwäche der eigenen Stellung entspricht, desto blutiger wird sie sein. Wo Revolution mit überlegener Kraft und Zielsicherheit gemacht wird, sind die Opfer unendlich viel kleiner. Dabei darf hinter „hinreichenden Mitteln“ keineswegs nur die Verfügung über eine starke Polizei- und Militärmacht verstanden sein. Gerade daran litt die Regierung Dollfuß keinen Mangel. Die wahre Stärke einer Gewalt, die zum Staatsstreich schreitet, liegt in ihrem Rückhalt in den breiten Massen des Volkes; und diesen Rückhalt verdankt sie wiederum der Überlegenheit ihres Geistes und der Geschlossenheit und Entschlossenheit ihres Willens. Und hier, hier hat die Schwäche und Unverantwortlichkeit der österreichischen Regierung gelegen, daß sie, ohne diese Voraussetzungen zu besitzen, sich anmaßte, das zu tun, was nur tun darf, wer wirklich stark ist: stark im Geist, stark im Willen und stark in den Volkskräften, die hinter ihm stehen. Das Minderheitskabinett von Dollfuß und der Heimwehrführung war weder geschlossen im Willen, noch überlegen im Geiste, noch hatte es die breiten Massen des Volkes hinter sich. Und darum war sein „Staatsstreich“ nur eine brutale Machtprobe zwischen der bewaffneten Staatsgewalt und einer Parteiorganisation. Und darum war seine „Revolution“ keine nationale Revolution, die ihr Land und Volk von ausländischem Zugriff befreite. Das österreichische Volk ist im Gegenteil durch sie noch tiefer in die ausländische Abhängigkeit hineingeführt worden.

Daß unsere schweizerischen Dinge in den nächsten Jahren nicht eine ebensolche Entwicklung nehmen, davor soll uns die österreichische Lehre bewahren. Wer bei einem andern Volk billigt, daß eine Gewalt, die sich nur auf eine Volksminderheit stützen und nie eine Volksmehrheit hinter sich bringen kann, zur Gewaltanwendung schreitet; wer einem andern Volk den Willen zur Unabhängigkeit und selbständigen Bestimmung seines Schicksals aberkennt, ist nicht berufen, das nationale Schicksal seines eigenen Volkes zu bestimmen. Denn immer besteht die Gefahr, daß, was er dort in Ordnung findet, er unter gegebenen Um-

ständen auch im eigenen Land in Ordnung finden würde. Es steht in Sachen „richtigem Maßstab“ und „richtiger Einschätzung der tatsächlichen Machtverhältnisse“ bei Regierung und Parteien der Schweiz nicht wesentlich besser als es bei der Regierung und den Parteien Österreichs gestanden hat; ebenso in Sachen „Anhang beim Volk“ — man rufe sich die schweren Abstimmungsniederlagen in Erinnerung, die Regierung und Regierungsparteien in der Schweiz in den letzten Jahren bei innen- und außenpolitischen Fragen erlitten haben.

Es ist eben nicht getan, daß man durch Aufbietung der bewaffneten Staatsgewalt die politische Organisationsform eines Volksteiles zerschlägt. Wesentlicher ist, im Kampf um die Seele des Volkes siegreich zu sein und alle Glieder, die dem eigenen Volk entfremdet sind, wieder zu gewinnen und zusammenzuschließen zur nationalen Volksgemeinschaft. Tragen wir daher Sorge, daß nicht unser schweizerisches staatliches Dasein eine Entwicklung nimmt, an deren Ende nicht die befreiende Revolution der nationalen Erneuerung, sondern — wie in Österreich — die Revolution der Reaktion steht, die Land und Volk an das Ausland, und damit unsäglichem Leid und Unglück ausliefert.

Pariser Straßenaufbruch und nationale Regierung.

Von Alfons Püh.

I.

Es gibt — seit Malaparte — eine Technik des Staatsstreichs, aber es gibt noch keine Technik der Revolution: wie einem Kunstwerk muß ihr etwas Spontanes, Unerklärliches und Unberechenbares anhaften. Wenige Franzosen nur zweifeln heute noch daran, daß sich ihr Land mitten in einer solchen Staatsumwälzung befindet, die vierte seit 1789; nur trägt sie einen ganz eigenen Charakter, bricht nicht in richtigem Sinne „aus“, sondern vollzieht sich mehr im Innern, unbemerkt von denen, die das Weltgeschehen nur mit ihren bloßen Sinnen betrachten. Nach Außen hin geht das Leben weiter, und das Heute gleicht dem Gestern, wie das Morgen dem Heute. Ein Jeder liegt seinen Geschäften ob, der Bauer sät und ackert, der Arbeiter feiert oder schafft, der Kaufmann wägt und mißt seine Waren, wartet auf den Käufer, der ebenfalls nichts an seinen Gewohnheiten ändert. Das Pariser Straßentreiben wurde nur auf Stunden durch blutige Schlachten unterbrochen; nachher hoben die Geschäfte ihre Eisenläden wieder hoch, und die Bürger saßen auf den Terrassen und tranken seelenruhig